

# Wählers Wunschliste

**RHEINPFALZ-UMFRAGE:** Wer den Wahlkampf aktuell beobachtet, könnte denken, es gäbe nur das Thema Migration. Die Pfälzer wünschen sich nach den Zahlen des Meinungsforschungsinstituts CMR Lösungen für andere Probleme.

VON JÖRG SCHMIHING

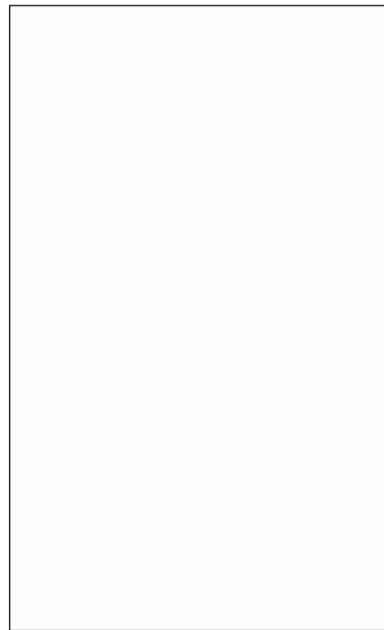
**LUDWIGSHAFEN.** Wo fängt man, wo hört man auf? Trumps Machtübernahme in den USA, Putins Angriffskrieg in der Ukraine, die schwächelnde Wirtschaft in Deutschland und eine vor sich hin bröckelnde Infrastruktur – die welt- und bundespolitische Großwetterlage ist anspruchsvoll wie lange nicht mehr. Aber welches Problem soll die künftige Bundesregierung aus Sicht der Pfälzerinnen und Pfälzer als erstes anpacken? Wo drückt der Schuh am meisten? Das Mannheimer Meinungsforschungsinstitut Communication- & Marketing-Research (CMR) hat 1000 Wahlberechtigte im Auftrag der RHEINPFALZ genau das gefragt.

Spätestens seit vor einigen Wochen ein psychisch kranker Afghane in Aschaffenburg ein Kind und einen Mann erstochen hat, kreisen öffentliche Debatten mit Politikern jeglicher Couleur gefühlt nur noch um Migration und innere Sicherheit. In der Wahrnehmung der von CMR befragten Wähler aus der Pfalz erreicht dieser heiß diskutierte Komplex mit 64 Prozent allerdings lediglich den fünften Platz von neun Themen. Die Interviewten sehen stattdessen Wirtschaft und Lebenshaltungskosten als drängendstes Problem. Unter dem Eindruck steigender Preise und unsicherer Konjunktur nennen es 76 Prozent an erster Stelle.

## Digitalisierung ganz hinten

In die Top 3 der Themen haben es außerdem die Politikfelder Alterssicherung und Rente sowie Gesundheit und Pflege mit je 70 Prozent geschafft. Soziale Gerechtigkeit ist die Nummer vier mit 65 Prozent. Auf den Plätzen folgen mit dann schon deutlichem Abstand Außen- und Sicherheitspolitik (59 Prozent), Umwelt- und Klimaschutz (54), Verkehr und Infrastruktur (46) sowie Digitalisierung (38). „Die aktuellen fünf Top-Themen dominieren die politische Agenda. Parteien, die diese Themen glaubwürdig adressieren, könnten profitieren“, sagt CMR-Chef Werner Dieing.

Gemeinsam legen alle Befragten einen wichtigen Akzent auf das Kernproblem Wirtschaft und Lebenshaltungskosten. Das Thema wird allerdings mit zunehmendem Alter bedeutender: von 58 Prozent bei den jüngeren bis 29 Jahren bis 85 Prozent bei den über Siebzigjährigen. Bei der restlichen Problempalette haben die individuellen Bedürfnisse der jeweiligen Lebensphase entscheidenden Einfluss: Die Senioren hoffen auf politische Verbesserungen im Gesund-



**Thema Nummer eins in der Pfalz: Wie läuft es in der Wirtschaft und der Industrie?** FOTO: UWE ANSPACH/DPA

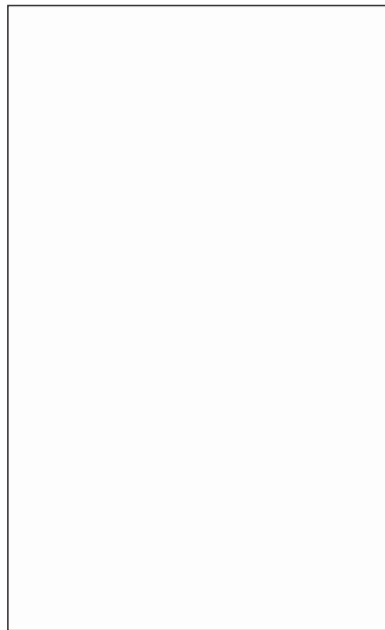
heitswesen und in der Pflege – ihre Toppriorität. Alterssicherung und Rente – das treibt logischerweise die Boomer zwischen 50 und 69 Jahren stärker um als die ganz Jungen bis 29 und die Jüngeren bis 49 Jahren.

Auch Männer und Frauen in der Pfalz ticken, was Wünsche an die Politik betrifft, durchaus unterschiedlich: Wahrscheinlich weil sie in der Familie nach wie vor stärker mit Fragen rund um Gesundheit und Pflege beschäftigt sind, nennen die Teilnehmerinnen der CMR-Umfrage diesen Punkt an erster Stelle – nach der ökonomischen Situation. Bei den männlichen Befragten wiederum rangiert innere Sicherheit und Migration auf Platz drei – und damit vor Gesundheit/Pflege und sozialer Gerechtigkeit.

## Schwerpunkt Migration?

Wie allerdings wirkt sich auf die Priorisierung aus, welcher Partei die Interviewer ihre Stimme geben würden? Während Anhänger von CDU, AfD und FDP als ihre Nummer eins die Wirtschaftspolitik nennen, ist das bei SPD und Linken der Gesundheits- und Pflegesektor. Grünen-Wählerinnen und -Wähler legen, wenig überraschend, den größten Akzent auf Umwelt- und Klimaschutz: 96 Prozent für den Markenkern dieser Partei.

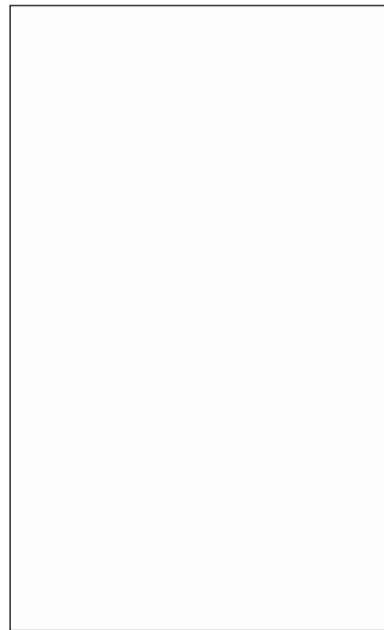
Der bisherige inhaltliche Schwerpunkt im Wahlkampf – innere Sicherheit und Migration – ist aus Sicht aller 1000 Befragten nicht das Topthema in der Pfalz. Wie wichtig die Menschen es nehmen, hängt stark von der jewei-



**Die Verlässlichkeit von Alterssicherung und Rente treibt die Befragten um.** FOTO: CHRISTIAN CHARISIUS/DPA

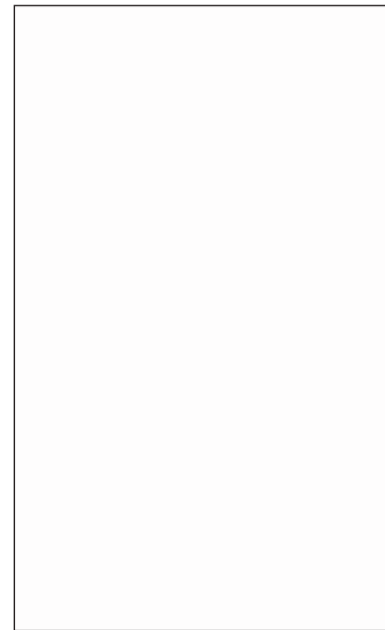
ligen Parteipräferenz ab. Bei Unterstützern von AfD (76 Prozent), FDP (73) und des Bündnisses Sahra Wagenknecht (BSW, 66) rangiert es auf Platz zwei, bei den Christdemokraten gemeinsam mit Gesundheitspolitik auf Platz drei und der SPD an Nummer fünf. Für Pfälzer, die ihr Kreuz bei den Grünen und der Linken setzen wollen, ist es das unwichtigste der neun abgefragten Themen.

Die in der Politikwissenschaft im-



**Migration und innere Sicherheit – dieses Wahlkampftema landet auf Platz fünf.** FOTO: CARSTEN REHDER/DPA

mer wieder aufs Neue untersuchte Frage nach Motiven für die Wahlentscheidung beantworteten die Pfälzerinnen und Pfälzer in aller Klarheit. Ausschlaggebend ist für sie die Übereinstimmung mit Programminhalten (69 Prozent), gefolgt von der Überzeugungskraft der Kandidaten (53 Prozent) und – nach dem unruhlichen Bruch der Ampelkoalition aus SPD, FDP und Grünen – der Hoffnung auf eine stabile Regierung (52 Prozent).



**Schlusslicht Digitalisierung – die Umfrageteilnehmer halten es für weniger wichtig.** FOTO: P. STEFFEN/DPA

Schon immer ihre Kreuzchen an derselben Stelle gesetzt zu haben, ist inzwischen das schwächste Kriterium. Die Einschätzung von Fachmann Dieing: „Die Wähler legen großen Wert auf Inhalte und Kandidatenqualität. Traditionelle Parteibindungen verlieren an Bedeutung.“

## ZUR SACHE

Das Mannheimer Meinungsforschungsinstitut CMR hat für die Umfrage Ende Januar/Anfang Februar 1000 Wahlberechtigte ab 18 Jahren telefonisch und online befragt. Die Auswahl der Haushalte erfolgte mittels systematischen Zufallsverfahrens. Es berücksichtigt Unterschiede zwischen kreisfreien Städten und Kreisen in der Pfalz und die Tatsache, dass nicht alle Haushalte in öffentlichen Telefonverzeichnissen stehen. Befragt wurde jeweils das wahlberechtigte Haushaltsmitglied, das zuletzt Geburtstag hatte. Angewählt wurden Festnetznummern, da Mobilfunknummern nicht eindeutig örtlich zuzuordnen sind. Die Daten wurden anhand von Zahlen des Statistischen Landesamts unter anderem nach Alter, Geschlecht und Bildung gewichtet. Stichprobengröße, Befragungszeitpunkte sowie das Verfahren gewährleisten ein repräsentatives Ergebnis.

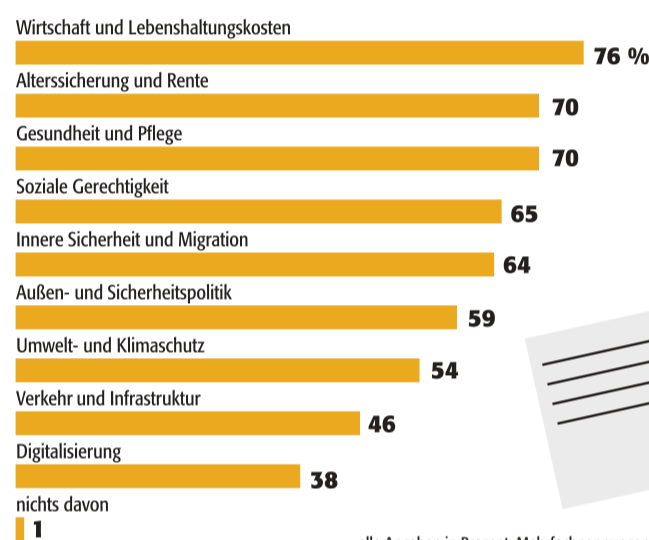
## RHEINPFALZ DIGITAL

Die Ergebnisse der Umfrage finden Sie auch im Online-Angebot der RHEINPFALZ – dort ergänzt mit klickbaren Grafiken, um die Daten nach Alter und Geschlecht zu sortieren. Der QR-Code führt zur Berichterstattung.



## WAS DIE PFÄLZER BEWEGT

### Welche Themen sind Ihnen besonders wichtig?



alle Angaben in Prozent, Mehrfachnennungen möglich

GRAFIK: DOSTAL | QUELLE: CMR/BASIS: 1000 BEFRAGTE WAHLBERECHTIGTE

ligen Parteipräferenz ab. Bei Unterstützern von AfD (76 Prozent), FDP (73) und des Bündnisses Sahra Wagenknecht (BSW, 66) rangiert es auf Platz zwei, bei den Christdemokraten gemeinsam mit Gesundheitspolitik auf Platz drei und der SPD an Nummer fünf. Für Pfälzer, die ihr Kreuz bei den Grünen und der Linken setzen wollen, ist es das unwichtigste der neun abgefragten Themen.

Die in der Politikwissenschaft im-

mer wieder aufs Neue untersuchte Frage nach Motiven für die Wahlentscheidung beantworteten die Pfälzerinnen und Pfälzer in aller Klarheit. Ausschlaggebend ist für sie die Übereinstimmung mit Programminhalten (69 Prozent), gefolgt von der Überzeugungskraft der Kandidaten (53 Prozent) und – nach dem unruhlichen Bruch der Ampelkoalition aus SPD, FDP und Grünen – der Hoffnung auf eine stabile Regierung (52 Prozent).

## Katholiken-Kritik: CDU-Politiker Matheis ist empört

**PIRMASENS.** Die Äußerung führender katholischer Laienvertreter zur Politik seiner Partei haben den früheren Pirmasenser Oberbürgermeister Bernhard Matheis (CDU) zu einem ungewöhnlichen Schritt gedrängt.

Der Katholik und langjährige Kommunalpolitiker, der nach wie vor die CDU im Bezirkstag Pfalz führt, kritisiert die Präsidentin des Zentralkomitees der Deutschen Katholiken, Irme Stetter-Karp. Nach den umstrittenen Anträgen der CDU/CSU zur Migrationspolitik und mit den Stimmen der AfD im Bundestag hatte sie von einem „Sieg der Anständigen“ gesprochen – vor allem mit Blick auf die Abstimmung am Freitag, 31. Januar. An dem Tag wurde das sogenannte Zustrombegrenzungs-gesetz der CDU/CSU-Fraktion knapp abgelehnt. Matheis findet, dass Stetter-Karp mit ihrer Wortwahl nicht nur die Abgeordneten diskreditiert, die den Antrag unterstützt haben, sondern auch viele Kommunalpolitiker, die sich für die Integration von Flüchtlingen einsetzen und seit vielen Jahren eine permanente Überforderung erleben. Matheis steht zudem der rechtlichen Bewertung des ZdK zur Grundrechts-widrigkeit des abgelehnten Gesetzesentwurfs kritisch gegenüber. Der Jurist verweist auf die Argumentation renommierter Verfassungsrechtler.

Matheis hat nun einen offenen Brief verfasst. Der geht nicht nur an die ZdK-Präsidentin, sondern auch an den Bischof von Speyer sowie weitere kirchliche Würdenträger. Der Brief wurde mittlerweile von mehreren Menschen unterstützt. Im Netz gibt es dazu eine Online-Petition. Matheis schreibt an Stetter-Karp: „Dass Sie denjenigen, deren Sprachrohr Sie eigentlich sein sollten, derart den Anstand absprechen und sie damit diskreditieren, empört und enttäuscht uns alle.“ | gna

## Häftling mit Stichwaffen befreit

Ein Untersuchungsgefangener der Jugendstrafanstalt Schifferstadt verschwindet nach nächtlicher Behandlung in der BG-Klinik in Ludwigshafen mit seinen Komplizen. Was über den Fall bisher bekannt ist.

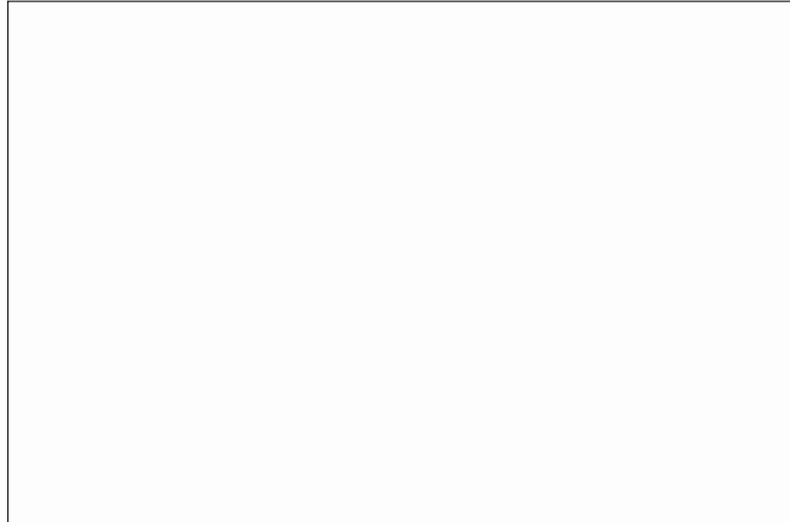
VON KARIN DAUSCHER

**MAINZ/SCHIFFERSTADT.** Bei dem Gefangenen der Jugendstrafanstalt Schifferstadt, der im Dezember nach einem Klinikbesuch in Ludwigshafen gewaltsam befreit wurde, handelt es sich um einen 24 Jahre alten deutsch-türkischen Untersuchungshäftling. Das sagte Justizminister Herbert Mertin (FDP) am Donnerstag im Rechtsausschuss des Landtags. Der Mann ist noch immer auf der Flucht.

Der Fall war in der vergangenen Woche bekannt geworden und er beschäftigte den Rechtsausschuss gut eine Stunde, die meiste Zeit hinter verschlossenen Türen.

Der 24-Jährige ist in der Nacht vom 21. auf den 22. Dezember offenbar recht gezielt vorgegangen. Zu den öffentlich bekannten Fakten: Er verletzte sich am Unterarm, klagte über Schmerzen und erhielt Schmerzmittel. Weil er sich immer weiter verschlechterte, nahmen die Vollzugsbediensteten Kontakt zur BG Klinik in Ludwigshafen auf und erhielten zunächst die Einschätzung, dass eine Behandlung am nächsten Tag ausreichend sei. Eine Stunde später habe sich der Gefangene erneut gemeldet und die Schmerzen als unerträglich bezeichnet.

Nach Rücksprache mit dem Vertreter der Anstaltsleitung sei ein Notarzt über die Rettungsleitstelle angefordert worden. Doch in der Leitstelle wurde per Ferndiagnose eine Behandlung in einer Klinik für notwendig gehalten. Für den Weg nach Ludwigshafen sei dem Mann eine „strenge Fesselung“ angelegt worden. Nach RHEINPFALZ-Informationen bedeutete das, er war an Händen und Füßen



**Jugendstrafanstalt Schifferstadt: der Flur mit den Haftzellen.** ARCHIVFOTO: LENZ

gefesselt und an einen der Bediensteten gekettet. Den Informationen nach waren zwei Bewacher im Einsatz. Mertin deutete weitere Sicherheitsvorkehrungen an, sagte dazu aber öffentlich nichts.

Schusswaffen können es nicht gewesen sein. Denn diese sind im Jugendstrafvollzug in Rheinland-Pfalz verboten. Das bestätigte Stefan Wagner, Landesvorsitzender des Bundes der Strafvollzugsbediensteten auf Anfrage. Seine Gewerkschaft fordert schon lange Schusswaffen und die Ausbildung daran genau für die Zwecke des Gefangenentransports.

Doch wie gelang die Befreiung? Nach der etwa einstündigen Behandlung wurde der Mann wieder gefesselt rausgebracht, auf dem Weg zum Gefangenentransportwagen seien „mehrere vermummte Personen mit

Stichwaffen“ hervorgetreten, sagte Mertin. „Im Ergebnis“ sei der Mann befreit worden.

Wie viele Komplizen er hatte, blieb offen. Ein Bediensteter der Jugendstrafanstalt trug Schürfwunden an der Hand davon, ein anderer sei wegen der psychischen Folgen des Vorfalls noch nicht wieder im Dienst.

Über den Entflohenen ist sonst wenig bekannt. Die Generalstaatsanwaltschaft Koblenz, die das Verfahren führt, teilte auf Nachfrage mit, dass er am 9. September 2024 festgenommen wurde und zwei Tage später nach Schifferstadt kam. Vorgeworfen werden ihm neben Betäubungsmitteldelikten auch Verstöße gegen das Cannabisgesetz. Zu möglichen Vorstrafen machte sie keine Angaben. Nach RHEINPFALZ-Informationen ist er in Mainz geboren.

## Wenn der Wahlkampf zum Kampf wird

Landeskriminalamt gibt Tipps für Helfer an Ständen

VON MOHAMMAD ALHUSAIN

**BOBENHEIM-ROXHEIM.** Nach Angriffen auf Wahlkampfhelfer gibt das Landeskriminalamt Rheinland-Pfalz ihnen nun Sicherheitstipps an die Hand. Ein Novum.

„Ich war geschockt, dass wir mittlerweile so weit sind“, sagt Michael Müller (SPD), Bürgermeister von Bobenheim-Roxheim (Rhein-Pfalz-Kreis). Er hat das Flugblatt mit den Handlungsempfehlungen für Wahlkampfhelfer an die RHEINPFALZ weitergeleitet. So etwas habe es in all seinen Jahren in der Kommunalpolitik noch nie gegeben, sagt Müller. Zwar sei er aktuell nicht aktiv im Wahlkampf, doch Beleidigungen habe er zuletzt immer häufiger erlebt. Andere Wahlkampfhelfer teilen solche Erfahrungen. Ein SPD-Mann, der im Rhein-Pfalz-Kreis Flyer verteilte, ist laut Müller auf offener Straße mit den Worten bedroht worden: „Eure Zeit ist bald gekommen, ihr gehört in den Müll.“ Im Januar soll ein SPD-Mitglied nach Angaben der Partei beim Wahlkampf in Kaiserslautern von drei verummumten Männern an eine Hauswand gedrückt worden sein, in Rodalben soll ein AfD-Wahlkämpfer laut Polizei von einer Frau geschlagen worden sein. Im Wahlkreis Koblenz sieht es nicht besser aus: Wie die Grünen mitteilen, seien unter einen Social-Media-Beitrag („Triff mich am Wahlkampfstand in Bad Ems“) ihrer Kandidatin Gewaltandrohungen gepostet worden, auch von Waffengehalten sei die Rede gewesen.

Auf Anfrage der RHEINPFALZ bestätigte das Landeskriminalamt, dass es

## AN RHEIN UND SAAR

### Kliniken: Kritik an Höhe der Landesmittel

**MAINZ/KANDEL.** Vor dem Hintergrund wachsender wirtschaftlicher Nöte bei vielen Kliniken in Rheinland-Pfalz hat das Gesundheitsministerium am Mittwoch sein Krankenhausinvestitionsprogramm für 2025 vorgestellt. Demnach sind 51 größere Einzelmaßnahmen an 39 Krankenhausstandorten geplant. Wie 2024 stehen den Häusern für Investitionen 145,5 Millionen Euro zu, 80,5 Millionen Euro davon für konkrete Bauvorhaben. Weitere 65 Millionen Euro werden als Pauschale unter allen Kliniken verteilt. Größere Projekte etwa sind der Erweiterungsbau für die Asklepios Südpfalz-Klinik in Kandel (Kreis Germersheim), der die OP-Abteilung, Intensivstation und zentrale Notaufnahme betrifft (fünf Millionen Euro aus Mainz) und der Anbau eines Bettenhauses am Krankenhaus Zum Guten Hirten in Ludwigshafen (vier Millionen Euro). Kritik kam prompt von erwarteter Stelle: „Unzureichend“, urteilt die Krankenhausgesellschaft. Sie befürchtet weitere Insolvenzen. |epd/lrs

## PFALZ KOMPAKT



### Protest gegen Schulessen

In Frankenthal haben Eltern auf einer Online-Plattform einen Appell gestartet, 500 haben schon unterschrieben. Sie wollen erreichen, dass das von einem Caterer gelieferte Schulessen für 1350 Kinder an neun Schulen besser wird. Dass es damit Probleme gibt, räumt die Verwaltung ein. |soj

### Hochstraßen im ZDF: Erst Montag

Der ursprünglich für Donnerstag vorgesehene ZDF-Beitrag im „Heute Journal“ zum Thema Infrastruktur und Hochstraßenanierung in Ludwigshafen wurde kurzfristig auf Montag, 21.45 Uhr, verschoben. Grund ist laut Oberbürgermeisterin Jutta Steinrück (parteilos) der Anschlag in München. Die OB wird in dem Beitrag zu den Hochstraßen interviewt. |ier

### 84-Jährige stirbt bei Unfall

Bei einem Verkehrsunfall auf der B271 bei Kirchheim (Kreis Bad Dürkheim) ist am Donnerstag eine 84-Jährige gestorben. Laut Polizei wollte die Autofahrerin auf die B271 auffahren, übersah den Wagen einer 75-Jährigen, die Vorfahrt hatte, und kollidierte mit diesem. Drei weitere Personen wurden verletzt. |swz

FOTO: JENS BÜTTNER/DPA